

Sachsen und Deutschland in Mitteleuropa

Rede des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler in der Reihe "Europa – Vision reloaded?" des Leibnizforum Leipzig am 25. April 2017 in Leipzig

Sehr geehrter Herr Arnold,
sehr geehrte Frau Dr. Gerlach,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute mit Ihnen einige Gedanken über Europa und speziell über Mitteleuropa austauschen zu können. Mein Dank gilt der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen, er gilt Ihnen, lieber Herr Arnold, für die Einladung zur Veranstaltungsreihe „Europa – Vision reloaded?“ Zugegeben, der in Teilen englischsprachige Titel macht mich etwas stutzig; gerade in Zeiten, in denen Großbritannien die Segel hisst und sich anschickt, den europäischen Hafen zu verlassen. Wer weiß, wie sich der Brexit auf die Sprachregelung in der EU auswirken wird.

Mein Vortrag wird diese neu aufgegriffene, diese wieder aktivierte oder abermals eingeführte Vision von einem geeinten Europa, über die momentan so viel diskutiert wird, nur streifen. Stattdessen soll es um Mitteleuropa gehen.

Sie haben sich eventuell gefragt: Was hat der Präsident des Sächsischen Landtags mit Mitteleuropa zu schaffen? Auf diese Frage will ich zunächst eine Antwort geben. Danach möchte ich zeigen, dass wir in Sachsen nicht nur eng mit Mitteleuropa verbunden sind, sondern

dass wir vielmehr die Idee von Mitteleuropa aufgreifen und sie leben sollten. Wie wäre es etwa mit einer mitteleuropäischen Vision von Europa?

Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag

Meine Damen und Herren, am 29. September 2011 waren in Dresden auf meine Initiative hin Diplomaten, Politiker, Intellektuelle und Wissenschaftler aus Tschechien, Polen, der Slowakei, Ungarn, Deutschland und Österreich zusammengekommen und haben das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“ konstituiert.

Uns ging es damals und uns geht es heute mit dem Forum Mitteleuropa darum, einerseits einen lebendigen Dialog zwischen benachbarten Regionen zu schaffen und mitteleuropäische Antworten auf europäische Fragen zu finden, andererseits in den Bürgergesellschaften, namentlich in Sachsen, die mitteleuropäische Verbundenheit zu stärken.

Das Forum Mitteleuropa folgt bei der Neubelebung des Gedankens der mitteleuropäischen Zusammenarbeit einer identitäts- und freiheitsbezogenen Idee von Mitteleuropa. Diesen Ansatz, wie er in der Zeit der Freiheitsrevolution von 1989 entfaltet wurde, trägt der Gedanke, dass wir als Mitteleuropäer endlich wieder in der Lage sind, unsere positiven Gestaltungskräfte zu nutzen. Und zwar als ein Raum pluraler Vielfalt und Kultur, als eine Wertegemeinschaft, die im Christentum und der Aufklärung wurzelt, die auf Demokratie und Rechtsstaat beruht, die Bürgerfreiheit und Kooperation prägen.

Infolge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs und der nachfolgenden Teilung Europas war nämlich das Bewusstsein für die Geschichte und das Potenzial von Mitteleuropa als historisches, kulturelles, wirtschaftliches und wissenschaftliches Zentrum erheblich geschwächt worden. Die lebendige Verbindung von Traditionen und Regionen endete gewaltsam, eine bürgerschaftlich organisierte Kultur wurde systematisch zerschlagen. Es kam zu einer erzwungenen „Entbürgerlichung“. Bis heute leiden Tschechen, Polen, Ungarn, Slowaken und Sachsen unter diesem unsäglichen Erbe der nationalsozialistischen und der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Nun schlägt das Herz Europas wieder und das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag versucht, aus diesem Herzen Europas heraus Impulse zu geben – Impulse für eine freiheitliche und solidarische Bürgergesellschaft, für lebendige mitteleuropäische Identitäten und Traditionen, für gelebte europäische Werte.

Regelmäßig führt das Forum Mitteleuropa deshalb auf seinen Konferenzen internationale Diskussionspartner zusammen – zunächst 2012 in Dresden zum Thema Kultur, 2013 zu den Themen Heimat und Identität im Palais Waldstein in Prag, in Breslau schließlich ging es 2014 um Werte und dabei im Besonderen um Solidarität und Freiheit, 2015 in Klosterneuburg bei Wien erörterten wir Stabilität und Krise in Mitteleuropa, um uns zuletzt 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest mit dem „Miteinander in Mitteleuropa“ auseinanderzusetzen.

Unsere Definition unterscheidet sich dabei von anderen Sichtweisen und Definitionen Mitteleuropas, insbesondere von den deutsch-hegemonialen

Vorstellungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Sie unterscheidet sich auch vom Mitteleuropa-Verständnis der Europäischen Union. In der Europäischen Union wird „Mitteleuropa“ zu Recht als „Programmraum“ im Rahmen der Kohäsionspolitik verstanden, der von Mecklenburg-Vorpommern bis Norditalien und von Baden-Württemberg bis nach Polen reicht. Formal ist der identitätsbezogene Mitteleuropa-Gedanke mit dem Vollzug der Mitgliedschaft der Länder und Völker der Region Mitteleuropa in der Europäischen Union erfüllt worden. Jetzt geht es darum, ihn in den genannten Dimensionen mit Leben zu füllen.

Sachsen und Mitteleuropa in der Geschichte

Sachsen, meine Damen und Herren, hat historisch und kulturell immer zu Mitteleuropa gehört. Es hat in der mitteleuropäischen Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt und die Entwicklung des mitteleuropäischen Raumes mitgeprägt. Durch unsere Geschichte zieht sich mehr als nur ein roter Faden, der Warschau und Dresden, Prag und Bratislava, Wien und Budapest zusammenhält.

So war die sächsische und deutsche Geschichte im „Heiligen Römischen Reich“ immer eine gemeinsame Geschichte mit slawischen Völkern und Madjaren, bevor im 19. Jahrhundert das Zeitalter der Nationalstaaten begann. Über die Jahrhunderte wuchs in diesem mitteleuropäischen Großraum eine Kultur, die gerade die Völker in der Mitte des Kontinents auf das Engste verband.

Ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichtsbücher zeigt, was manchem im Westen nach jahrzehntelanger Teilung durch den Eisernen Vorhang in Vergessenheit geraten zu sein scheint: Deutschland ist auch

ein mitteleuropäisches Land. Wir Sachsen sind keine Westeuropäer. Karel Schwarzenberg hat einmal gesagt: „Finden wir uns damit ab, dass wir Mitteleuropa sind.“ Recht hat er. Sachsen war stets eine Brücke zwischen dem Westen und dem Osten, in der Mitte Europas.

Meine Damen und Herren, die von unserem Forum vertretene identitäts- und freiheitsbezogene Idee von Mitteleuropa knüpft daran an. Sie ist aber ebenso das Vermächtnis jüngerer Freiheitskämpfe. Besonders die Revolutionen gegen die kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert sind in meinen Augen ein verbindendes Element.

Nach dem Volksaufstand 1953 in der DDR, den zeitgleichen Erhebungen in Böhmen oder Polen, war der Ungarnaufstand 1956 ein Höhepunkt im Freiheitskampf der mitteleuropäischen Völker gegen den Kommunismus. Alle wurden sie brutal niedergeschlagen, so auch 1968 der „Prager Frühling“. In Polen entstand 1980 mit der Solidarność eine gesellschaftliche Gegenbewegung, die ich als junger Gastwissenschaftler während der Zeit des Kriegsrechts in Danzig hautnah erlebte. Das alles hat nicht nur mich tief geprägt. Für mich und viele andere von uns waren die Polen das große Vorbild für unseren Herbst 1989. Durch den furchtlosen Einsatz der polnischen Gewerkschaftsbewegung gegen die kommunistische Herrschaft und für ein Leben in Freiheit und Demokratie haben die Bürgerrechtler in der DDR eine entscheidend Ermutigung erfahren.

Der Oxforder Zeithistoriker Timothy Garton Ash, der im Oktober letzten Jahres den Internationalen Brückpreis der Europastadt Görlitz/Zgorzelec erhalten hat und dem in genau einem Monat der Internationale Karlspreis zu Aachen verliehen wird, begann 1986 einen

Essay mit der Feststellung: „Mitteleuropa ist wieder da.“ Jahre vor der historischen Gezeitenwende kehrte Mitteleuropa in einem identitätspolitischen Sinne zurück. Insbesondere für die Dissidenten in den kommunistischen Staaten war es ein intellektueller Sehnsuchtsort, ein, wie Garton Ash es vortrefflich formulierte, „Königreich des Geistes“. Ein „Königreich des Geistes“, in dem gemeinsame Identitäten, Ideen, Kulturen und Werte zusammenfanden, das jedoch real nicht sein durfte, das erst noch erobert und gestaltet werden musste, das ebenso abhing von der europäischen Völkerbefreiung wie vom Lösen der deutschen Frage.

„Bloß wie?“ Die Antwort darauf gaben alsbald die Völker Mitteleuropas, indem sie sich selbst aus der Unterdrückung der totalitären Diktatur befreit und Weltgeschichte „gemacht“ haben. Nicht die friedliche Evolution, sondern eine friedliche Revolution fegte 1989/90 binnen kürzester Zeit die kommunistischen Regime auf den Müllhaufen der Geschichte, einte Deutschland und damit auch Europa. Das verbindet uns Mitteleuropäer, das erfüllt uns mit Stolz und das ist Teil unserer gemeinsamen Identität. Die mitteleuropäischen Bürgerbewegungen verband das Ziel, künftig in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu leben. Sie überwandten so Europas Spaltung und machten die heutige EU, in der die Mitteleuropäer selbstbewusst neben den bisher dominierenden West- und Südeuropäern stehen, erst möglich.

Unterdrücktsein und Selbstbefreiung sind intensive gemeinsame Erfahrungen in den mitteleuropäischen Ländern, die auch eine spezifische politische Kultur ausgeprägt haben. Eine weitere Erfahrung ist die gesellschaftliche Transformation seit 1990 mit all ihren Erfolgen und Gewinnern, aber auch mit ihren Härten und Verlierern. In Ungarn,

Tschechien, Polen, der Slowakei und in Ostdeutschland durchziehen unsere Gesellschaften daher ähnliche soziale und biographische Brüche – sichtbar bis in die Gegenwart. Für die meisten Menschen in unseren Ländern hat sich nach 1990 vieles verändert. Wir haben den gewaltigen Transformationsprozess einer Gesellschaft gestaltet und Erfahrungen gesammelt, derer sich viele Menschen im Westen Europas kaum gewahr sind.

Gerade weil wir diese Veränderung überwiegend gemeistert haben, treten wir immer selbstbewusster neben die bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäer, die sich übrigens gegen notwendige Reformen – Stichwort Finanzkrise – eher sträuben. Ob man es wahrhaben will oder nicht, die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten und Südosten hat auch den Charakter und die Mentalität unseres Staatenverbundes verändert.

Werte und Kultur: Mitteleuropa leben

Meine Damen und Herren, dieses neue Mitteleuropa muss Realität bleiben. Es muss als lebendige Bürgergesellschaft gelebt werden, darf nie wieder zu einem bloßen „Königreich des Geistes“ werden.

Das 20. Jahrhundert hat uns gezeigt, wie weit sich die politische Realität von zentralen Werten wie Freiheit, Frieden, Solidarität, Demokratie, Würde des Menschen und Rechtsstaatlichkeit entfernen kann. Der Zivilisationsbruch des nationalsozialistischen Deutschlands bildete hier den traurigen Höhepunkt. Zugleich hat das 20. Jahrhundert auch und besonders in Mitteleuropa bewiesen, welche revolutionäre Sprengkraft diese Werte beinhalten können.

Heute brauchen wir besonders die Solidarität Mitteleuropas, damit Europa ein Freiheitsprojekt bleiben kann. Denn in der Solidarität liegt seit jeher das wichtigste Kraftreservoir für ein geeintes Europa. Dabei ist es wichtig, unsere Werte zu keiner Zeit aus dem Blick zu verlieren. Die aktuellen Befindlichkeiten der mitteleuropäischen Gesellschaften haben dabei ihre Berechtigung, die dürfen aber nicht zulasten unserer Werte verabsolutiert werden.

Meine Damen und Herren, neben zentralen Werten bildete die größte Bindekraft zwischen den Völkern über Jahrhunderte hinaus nicht die Politik, die immer wieder zu den Mitteln des Krieges, der Vertreibung und der Vernichtung griff, sondern die Kultur. Es sind unsere geistigen und kulturellen Grundlagen, die eine Politik der Völkerverständigung und Toleranz erst möglich machen. Kultur bildet sich dabei in einem historischen Raum, in dem viele Impulse wirksam wurden: künstlerische, wissenschaftliche, wirtschaftliche, staatliche sowie religiöse. Sie alle haben die Gesellschaften in Mitteleuropa ebenso nachhaltig wie ähnlich geprägt.

Historisch gewachsene geistige Grundlagen formen das Fundament einer Kultur. Regionale Prägungen und Differenzierungen kommen als entscheidende Merkmale hinzu. So sprechen wir bewusst von Kulturen, die in Mitteleuropa – wie die Sprachen und Dialekte – jeweils eigene Akzente gesetzt haben und weiterhin setzen werden. Europas Reichtum besteht schließlich nicht darin, dass alles gleich ist, sondern er besteht darin, dass vieles unterschiedlich ist.

Vergessen wir nicht, dass es den Mitteleuropäern bereits vor Jahrhunderten gelungen ist, innerhalb Europas einen Kulturraum zu begründen, in dem zugleich auch die Keimzellen föderaler Strukturen angelegt waren. Dieser Kulturraum hat im 18. Jahrhundert Sachsen und Polen, ja sogar Litauen, unter einer Krone vereint. Im Osten von den Karpaten, im Süden vom Balkan begrenzt, bildeten Böhmen, die Gebiete der heutigen Republiken Slowakei und Ungarn sowie Österreich mit ihren deutschen bzw. polnischen Nachbarn den historischen Kern. Sachsen-Polen; Österreich-Ungarn; Tschechoslowakei sind historische Begriffe und überwundene staatliche Strukturen. Hinter ihnen sind jedoch gemeinsame kulturelle Impulse zu finden, die uns in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbinden.

Diese eine Kultur und diese vielen Kulturen verbinden uns in Mitteleuropa, und sie unterscheiden sich durchaus von jenen in anderen Teilen des Kontinents, mitunter sogar gravierend. Es ist deshalb nur legitim, diese mitteleuropäischen Kulturtraditionen gegenüber einem universalen Anpassungsdruck zu behaupten. Entscheidend ist, mit welchen Mitteln wir dies tun und dass es auf einer freiheitlichen Basis, die rechtstaatliche Demokratie nicht beschädigend, geschieht. Der ausschließliche Rückzug ins Nationale, mitunter gar ins Nationalistische, die Überhöhung der eigenen Kultur, die Erosion der freien Bürgergesellschaft durch Illiberalität, das sind falsche Wege – nicht nur in Mitteleuropa.

Deutschland in Europa

Lassen sie mich, meine Damen und Herren, den Blick etwas weiten. Europa sieht sich mit zahlreichen außen- und innenpolitischen Aufgaben

konfrontiert. Manch eine droht uns über den Kopf zu wachsen. Jenseits unserer östlichen und südlichen Peripherien erleben wir Konflikte, Bürgerkriege und staatliche Destabilisierung ungeahnten Ausmaßes. Sie betreffen uns spürbar, wohl am deutlichsten wird das durch die Migrations- und Flüchtlingsbewegung. Im Inneren der EU nimmt die Desintegration zu. Neben ökonomischen und sozialen Verwerfungen, die das Gesamtgefüge destabilisieren, halte ich besonders den Austritt Großbritanniens für katastrophal. Die Europäische Union verliert mit dem Vereinigten Königreich nicht nur seine zweitstärkste Wirtschaftsmacht, einen „Nettozahler“ und einen wichtigen Partner in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Vor allem verliert sie eine liberale Stimme und Deutschland einen wichtigen Unterstützer seiner Austeritätspolitik. Hier gilt es jetzt, den Schaden zu begrenzen und die EU so zu reformieren, dass sich derlei nicht wiederholt.

Deutschland, das Land in der Mitte, ist besonders herausgefordert, wenn es um die Problemlösung in der Europäischen Union geht. Seine Rolle im Verbund der europäischen Staaten wird deshalb seit geraumer Zeit verstärkt diskutiert. Dass das vereinte Deutschland in Europa eine „besondere Rolle“ spielt, das hat schon der französische Intellektuelle Alfred Grosser Ende der 1990er Jahre formuliert. Während er die „besondere Rolle“ zuvörderst mit dem europaweiten Export der politischen Ethik verband, auf der die Bundesrepublik nach 1945 aufgebaut wurde, sehen andere Auguren Deutschland wegen seiner Lage und Größe in der politischen Pflicht, in und für Europa zu handeln.

Zweifellos: Das vereinigte Deutschland ist „in die Mitte Europas zurückgekehrt“ (Arnulf Baring). Die sogenannte „Berliner Republik“ wurde mitteleuropäischer, ohne seine westeuropäische Prägung zu

verlieren. Und: Es steht wieder einmal im Schnittpunkt der politischen Auseinandersetzung in Europa. Es ist herausgefordert, eine relevante Rolle zu spielen.

Schon 1960 hatte es Heinrich von Brentano als zentrales Ziel deutscher Europapolitik bezeichnet, im „Zusammenschluss der europäischen Völker“ nationale Gegensätze auf friedliche Weise auszugleichen. Seine Worte von der „Vielfalt in der Einheit“ nahmen das heutige Europamotto „In Vielfalt geeint“ vorweg. Noch immer reichen die nationalstaatlichen Fundamente im vereinten Europa tief. Das „Europa der Vaterländer“, das Charles de Gaulle so visionär vor Augen hatte, entspricht bis heute dem mehrheitlichen Willen seiner Bürger. Die EU wird aus diesem Grund ein Staatenverbund bleiben. Meine Damen und Herren, ich erachte dies keineswegs als problematisch. Der von den nationalstaatlichen Fundamenten ausgehende Pluralismus stabilisiert, wenn auf seiner Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird. Nationale und regionale Egoismen wird es dabei immer geben, entscheidend ist am Ende deren Ausgleich.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie in einem funktionierenden institutionellen Rahmen austariert werden. Deutschlands Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht, sein stetiger Wandel zu einem „europäischen Deutschland“, wie Thomas Mann es einst gefasst hat, geht nicht zuletzt auch damit einher. Und er hat starke Länder – sogar Freistaaten – und Regionen als Voraussetzung. Sie sind der von Tradition und Identität geprägte Lebensraum ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ihre Eigenarten machen sie für die Menschen zur vertrauten politischen, kulturellen und sozialen Heimat in Europa.

Dabei ergehe ich mich nicht in der Illusion, die alte Furcht vor der unkontrollierbaren Hegemonie eines geeinten Deutschlands sei vor diesem Hintergrund in Mitteleuropa verschwunden. Jedoch halte ich sie heute für unbegründet. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte ich solche Bedenken gut nachvollziehen. Welche Rolle würde das größere Deutschland künftig spielen? Die engen Partnerschaften und Freundschaften zwischen den mitteleuropäischen Staaten zeigen, dass es eine ebenso versöhnliche wie solidarische Rolle war. Nein, es befremdet mich heutzutage regelrecht, wenn ich sehen muss, wie die Formel vom „gefährlichen Deutschland“ immer wieder Verwendung findet, weil es nationalen politischen Nutzenerwägungen zupass kommt.

Deutschland ist in Europa eine „Macht in der Mitte“. Der Berliner Politologe Herfried Münkler hat diesen Terminus wieder in die politische Diskussion eingeführt und – so glaube ich – klug begründet. Es sei Deutschlands wesentliche Aufgabe, die mühsam gesponnenen europäischen Fäden in Zeiten starker Fliehkräfte zusammenzuhalten. Dies setze vor allem Verhandlungsgeschick, Disziplin und Geduld, zuweilen aber auch Bestimmtheit voraus.

Münklers Appell aus dem Jahr 2015 ist dem Grunde nach unverändert aktuell. Nur hat sich seither das politische Umfeld verschoben. Wurde Deutschlands Handeln in der Finanzkrise in Mitteleuropa weithin unterstützt, während Südeuropa es regelrecht verdammte und Westeuropa es zähneknirschend akzeptierte, verhält es sich bei der Migrations- und Flüchtlingskrise umgekehrt. Hier nehmen die mitteleuropäischen Staaten eine Abwehrhaltung ein und die süd- und die westeuropäischen Staaten begrüßen das deutsche Handeln. Während

jeweils für sich genommen eine gestärkte Rolle Deutschlands das Resultat war bzw. wäre, bewirken beide Krisen zusammen, dass die „Macht in der Mitte“ an Integrations- und Dialogfähigkeit in Europa eingebüßt hat.

In einer Situation, in der mehr denn je gilt, dass kein europäischer Staat die großen Herausforderungen allein bewältigen kann, die Europäische Union es aber auch nicht vermag, ist das nicht gut. Schließlich müssen unverändert europäische Interessengegensätze in praktizierbare Politik verwandelt werden. Daran führt kein Weg vorbei, und einer muss dabei Vorreiter sein. Wenn es überhaupt ein Geheimnis der Europäischen Union gibt, dann dass allein Dialog und Verständigung Stabilität garantieren. Nationale Egoismen sind für das geeinte Europa schädlich. Übrigens: Ein „naiv anmutender Humanitarismus, der sich von den Realitäten löst“, ich zitiere den deutschen Zeithistoriker Andreas Rödder, ist es ebenfalls.

Maß und Mitte, Mäßigung im Denken und im Handeln, hier komme ich auf Herfried Münkler zurück, sind deshalb auf allen Seiten geboten. Die Wahrung der nationalen Souveränität und Interessen muss mit der notwendigen europäischen Solidarität in Einklang gebracht werden. Jeder muss an einer für alle praktizierbaren Politik arbeiten. Leider erleben wir gegenwärtig viel zu oft das Gegenteil. Ich verweise nur auf die jüngste Wahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten und das dortige Schauspiel der polnischen Regierung.

Das Machbare, nicht das Wünschbare muss im Vordergrund stehen. Wer das verkennt, der läuft Gefahr, dass er am Ende alleine dasteht und zudem das große Ganze gefährdet. Freiheit, Frieden, Wohlstand,

Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und die Würde des Menschen sind unverrückbare Ziele und Werte, die den europäischen Einigungsprozess von Beginn an gelenkt haben. Sie sind auch Teil der mitteleuropäischen Idee. Werden sie geschwächt, dann besteht die Gefahr, dass Europa an Integrationskraft verliert und in seiner Integrität Schaden nimmt.

Sachsen als Brücke in Mitteleuropa

Woher kommen wir, wo stehen wir heute und wo liegt unsere gemeinsame Aufgabe in Europa?

Vor 27 Jahren haben wir in Sachsen den Faden der Freiheit und der Demokratie wieder aufgenommen. Als Verfassungsstaat innerhalb eines geeinten Deutschlands gewannen wir Gestaltungskraft zurück. Das verband uns mit den Völkern Mitteleuropas. Unser Blick richtete sich dabei von Anfang an auf Europa. Grenzen haben uns fortan nicht mehr getrennt, sondern miteinander verbunden. Das zeigt sich insbesondere in dem engen Verhältnis, dass wir zu unseren östlichen und südlichen Nachbarn pflegen, zu Polen, zu Tschechien, zur Slowakei, zu Österreich und zu Ungarn. Dialog und Kooperation hatten hier von Beginn an Priorität. Wir pflegen diese so wichtigen Beziehungen und begehen sie auf Augenhöhe. Mit größter Anerkennung sehen wir, was in unseren Nachbarstaaten seit 1990 aus eigener Kraft geschaffen wurde. Entsprechend war es für Sachsen eine Verpflichtung, den Beitritt der mitteleuropäischen Staaten zur EU zu unterstützen. Hier konkretisierte sich die mitteleuropäische Verbundenheit mehr als deutlich.

Meine Damen und Herren, die EU fand ihre neue Mitte, als die Staaten Mitteleuropas ihren Weg in die Union fanden – 1995 Österreich und 2004 dann Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Ich will nicht behaupten, dass dieser Weg einfach zu beschreiten war. Die Staaten Mitteleuropas durchliefen eine Anpassungskrise. Das Licht am Ende des Tunnels, durch den sie gehen mussten, war ihnen aber stets vor Augen: Der Beitritt zur EU.

Heute leben wir in Mitteleuropa in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands. Dennoch sehe ich mit Sorge neue Risse. So vieles hat sich mit der Migrations- und Flüchtlingskrise im Verhältnis zwischen unseren Ländern geändert. Da werden riskante Sonderwege beschritten. Das gilt für Deutschland mit seiner arglosen „Politik der offenen Tür“ genauso wie für die rigide Ablehnung einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik durch die Staaten der Visegrád-Gruppe. Diese Sonderwege gefährden unser Miteinander. Sie führen zu einer neuen Spaltung und nähren alte Vorurteile.

Vermehrt bestimmen wieder Fragen nach dem gegenseitigen Verständnis die Diskussion, auch Fragen nach den verschiedenen Interessen in den Ländern. Aber haben wir Mitteleuropäer nicht viele gemeinsame Werte? Haben wir nicht gemeinsame Interessen, die uns zusammenhalten, über die wir uns aber stärker verständigen und die wir in größeren Einklang bringen müssen?

Hier, und da komme ich wieder zu Forum Mitteleuropa zurück, hat mir unsere letztjährige Konferenz in Budapest gezeigt, wie wichtig genau das ist. Es wurde sichtbar, wie sehr das „Nichtverstandenwerden“, so nannte es die ungarische EU-Abgeordnete Kinga Gál, bis heute die

Wahrnehmung der Mitteleuropäer prägt. Sie sprach dabei weniger von den Bürgern, als vielmehr von den politischen Eliten in Westeuropa, die oft mit den Mitteleuropäern fremdeln, die überheblich, quasi mit ausgestrecktem Zeigefinger auf Mitteleuropa zeigen und ihre „Lehren“ verkünden.

Der österreichische Schriftsteller Martin Pollack, ein Mitteleuropakenner, dessen Vater einst als SS-Offizier in Polen gewütet hatte, sagte 2012 auf der ersten Konferenz des Forum Mitteleuropa in Dresden folgendes: „Europa, selbstverständlich auch Mitteleuropa, ist nicht etwas von Gott oder der Natur Gegebenes, sondern etwas Gemachtes. [...] Eine unserer wichtigsten Herausforderungen, das haben wir aus der Geschichte gelernt, besteht darin, uns mit dem Anderen, unserem Nachbarn, den wir gestern noch als Fremden, manchmal als Feind ansahen, auseinanderzusetzen, im offenen Dialog. Dazu ist nötig, uns auf den Anderen einzulassen, ihn gründlich kennen zu lernen, [...] mit dem Nachbarn ins Gespräch zu kommen, ehrlich, offen und vor allem auf Augenhöhe.“

Meine Damen und Herren, wollen wir die Probleme lösen, müssen wir lernen, uns zu verstehen. Sein Gegenüber zu verstehen ist die Grundlage, um Vertrauen entwickeln zu können. Vertrauen wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass man gemeinsam nach vorn kommen kann.

Sachsen im Allgemeinen und das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag im Speziellen können aus Mitteleuropa heraus als Brückenbauer und Verbinder, als „Übersetzer“ und Kommunikator dienen – nach Deutschland wie nach Europa hinein. Wir verstehen

besser, in welcher Lage sich die mitteleuropäischen Gesellschaften befanden und befinden. Und wir können es jenen übersetzen, es jenen erklären, die eine andere europäische Geschichte erlebt haben.

Als Mitteleuropäer sollten wir uns unserer Kraft bewusst sein, die wir für Europa in die Waagschale werfen können, um der großen Gefahr entgegenzuwirken, dass es an Integrationskraft verliert und weiter auseinanderbricht. Wir haben uns einst schließlich nicht allein um unserer selbst willen, sondern auch um dieser Verantwortung willen befreit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.